

## Kleine Anfragen

### Mario Wohlwend (VU)

- Reisespesen, Repräsentationen im Bereich Parlamentsdienst

### Thomas Lageder (FL)

- Istanbul-Konvention
- Angemessene Renditen von Casinos
- Lkws am Grenzübergang Tisis-Schaanwald
- Provokanter Lösungsvorschlag
- Wahlpflicht und Wahlunterlagen

### Günter Vogt (VU)

- Absenzen und Nebenbeschäftigungen von Regierungsmitgliedern

### Christoph Wenaweser (VU)

- **IV Rente** für zugezogene Erwachsene FL-Bürger

### Alexander Batliner (FBP)

- Arbeitsrecht und diesbezüglich zu den Sonderbestimmungen für Jugendliche gemäss Verordnung V

### Thomas Rehak (NF/DpL)

- Besoldung von Staatspersonal

### Norman Walch (FBP)

- Landstrassensanierung Ruggell

### Daniel Oehry (FBP)

- Klimastreik ermahnt Politik zum nachhaltigen Handeln bezüglich CO<sub>2</sub>

### Wendelin Lampert (FBP)

- Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen

### Erich Hasler (NF/DpL)

- FlixBus

### Patrick Risch (FL)

- Transparenz des Handelsregisters
- Verlängerung der Busspur Rheinbrücke in Schaan

### Herbert Elkuch (NF/DpL)

- EU-Richtlinie zu Kunststoffprodukten

# VU-Motion vom Landtag hochkant verworfen

**Klar** Die Überweisung der VU-Motion zur Zweckbindung der Geldspielabgabe an die **AHV** wurde deutlich abgelehnt. Von «Schönfärberei», «Schönwettervorschlag» und «Taschenspielertrick» war die Rede. Selbst zwei VU-Abgeordnete sagten Nein.

## VON HANNES MATT

Voraussichtlich 28,2 Millionen Franken werden die beiden bestehenden Casinos in diesem Jahr dem Staat in Form der Geldspielabgabe einbringen. Eine Einnahmequelle, die die VU-Fraktion künftig den Sozialwerken zukommen lassen wollte. In einer Motion forderte sie die Regierung auf, Vorschläge zu bringen, wie die Einnahmen aus der Geldspielabgabe für die finanzielle Absicherung der **Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)** genutzt werden können.

## Landtag entscheidet über Erträge

Dass die VU die finanzielle Zukunft der **AHV** auf den Geldspielabgaben aufbauen möchte, stiess auf grossen Widerstand - etwa bei Susanne Eberle-Strub (FBP). Sie war der Überzeugung, dass der Landtag über die Verwendung der Erträge, seien es Geldspiel- oder andere Einnahmen, je nach Aktualität und Dringlichkeit frei entscheiden soll. «In der Motion wird zudem erwähnt, dass die Casinos mit negativer Kritik konfrontiert seien und durch diese Zweckbindung einen sichtbaren und entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Absicherung unserer Sozialsysteme leisten würden», so die FBP-Abgeordnete. «Glauben Sie wirklich, dass durch diese Zweckbindung die Casinos mit Lob überhäuft werden? Oder

dass die Anrainer eines Casinos dadurch zufriedener sind und sich nicht mehr gestört fühlen?» Das sei bloss eines: Schönfärberei. Daniel Oehry (FBP) schloss sich den Ausführungen von Susanne Eberle-Strub an: «Wenn die Mehrheit in diesem Hohen Haus der Meinung ist, dass sie der **AHV** zusätzliche Geldmittel zukommen lassen will, dann liegt es am Landtag, genau dies zu entscheiden.» Wendelin Lampert (FBP) sprach von einem «Schönwettervorschlag», der «den Stürmen der Zukunft nie und nim-

mer standhalten wird». Wie schon des Öfteren verwies er auf die vom Landtag verpasste Chance bezüglich Finanzausgleich: Warum nicht die reichsten Gemeinden Vaduz und Schaan zur Kasse bitten und das Geld dann der **AHV** zur Verfügung stellen? Landtagspräsident Alister Frick (FBP), der sich schon mehrfach kritisch zum Casino-Boom im Land geäussert hatte, war ebenfalls gegen eine Zweckbindung der Geldspielabgabe: «Der Motion kann ich guten Gewissens nicht zustimmen.»

«Die Motion ist falsch, schlecht und ein Taschenspielertrick.»

THOMAS LAGEDER  
FL-ABGEORDNETER

Auch die Opposition stand geschlossen gegen den VU-Vorstoss. «Die Motion ist falsch, schlecht und ein Taschenspielertrick», brachte es Thomas Lageder (FL) auf den Punkt. Harry Quaderer (DU) bezeichnete den Vorstoss als «seltsamen moralischen Spagat». Und Herbert Elkuch (NF) verwies darauf, dass es nicht angebracht sei, weitere Staatsgelder in die **AHV** zu stecken - da das Geld sowieso grossteils ins Ausland fließen würde. So würden mehr als die Hälfte der **AHV-Versicherten** nicht in Liechtenstein leben. Er plädierte allgemein dafür, die Lücken der **AHV** nicht mit Staatsgeldern, sondern mit Beiträgen aus den Löhnen auszugleichen. «Auch ich will nicht, dass Pender, die erheblich niedrige Lebenshaltungskosten als Liechtensteiner haben, noch durch den Staat unterstützt werden», schloss sich Fraktionskollege Thomas Rehak an. Nach einem Argumente-Ping-Pong beschloss der Landtag mit lediglich sieben Ja-Stimmen, die VU-Motion zur Zweckbindung der Geldspielabgabe nicht zu überweisen. Auch die VU-Abgeordneten Thomas Vogt und Christoph Wenaweser votierten dagegen. Zustimmung ausserhalb der Union gab es lediglich von Johannes Kaiser (FBP), der sich schon früher für die Zweckbindung der Geldspielabgabe für spezielle Projekte, wie etwa Bildungsgutscheine oder Sprachaufenthalte, eingesetzt hatte und deshalb an ein Ja gebunden sei.



Das Abstimmungsergebnis zur Überweisung der VU-Motion. (Screenshot: LT)